A2

Kapitel

Initiator*innen: Jahreshauptversammlung (dort beschlossen am: 03.05.2025)

Titel: **Klimaschutz**

Text

Die Klimakrise ist keine ferne Bedrohung mehr – sie ist längst in Dortmund angekommen. Immer heißere Sommer, überflutete Straßen und zunehmende Wetterextreme zeigen: Wir müssen jetzt handeln, um unsere Stadt lebenswert zu erhalten. Doch wir begreifen Klimaschutz nicht nur als Krisenbewältigung, sondern als Chance, unsere Stadt gerechter, grüner und widerstandsfähiger zu machen.

Dortmund hat sich auf den Weg gemacht: Dank grüner Initiative haben wir das Ziel der Klimaneutralität bis 2035 im Stadtrat verankert und mit dem Handlungsprogramm Klima-Luft einen klaren Fahrplan entwickelt. Doch ein klimaneutrales Dortmund erreichen wir nur gemeinsam – mit Bürger*innen, Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Der von uns initiierte Klimabeirat beteiligt Expert*innen an klimapolitischen Entscheidungen und soll das auch weiterhin tun.

Klimaschutz ist auch eine Frage der Gerechtigkeit. Denn es sind die Schwächsten, die am stärksten unter den Folgen der Klimakrise leiden. Deshalb gestalten wir Klimaschutz sozial gerecht – mit Maßnahmen, die besonders belastete Gruppen schützen. Gleichzeitig investieren wir in nachhaltige Stadtentwicklung: Entsiegelung, Begrünung und Schwammstadt-Konzepte machen Dortmund nicht nur widerstandsfähiger gegen Wetterextreme, sondern auch lebenswerter für alle.

Die Energiewende ist der Schlüssel zur Klimaneutralität – deswegen wollen wir sie aktiv gestalten. Mit dem Ausbau erneuerbarer Energien, einer klimafreundlichen Wärmeversorgung und einer stärkeren Bürgerbeteiligung in der Energieerzeugung sorgen wir dafür, dass die Energiewende nicht nur ökologisch, sondern auch wirtschaftlich und sozial gelingt.

Klimaneutralität ist unser Ziel. Den Weg dahin gestalten wir mit Entschlossenheit und einer klaren Strategie, um Dortmund zukunftsfest zu machen.

Für die Klimaneutralität 2035

Zum Erhalt der Lebensgrundlagen für uns und die kommenden Generationen muss das Ziel der Klimaneutralität auf allen Ebenen erreicht werden. Auf GRÜNE Initiative hin wurde im Rat für Dortmund das Ziel der Klimaneutralität 2035 und mit dem Handlungsprogramm Klima-Luft ein umfangreicher Maßnahmenkatalog zur Umsetzung beschlossen, der den sektorenübergreifenden Pfad zur Klimaneutralität weist. Der auf GRÜN-schwarzen Antrag hin geschaffene Klimabeirat ermöglicht seit einigen Jahren die Beteiligung von Expert*innen und Vertreter*innen der Zivilgesellschaft an klimapolitischen Entscheidungen. Auf diese Beteiligung legen wir weiterhin großen Wert. Das ebenfalls auf unsere Anregung eingeführte Klimabarometer zeigt, wie gut wir auf diesem Weg vorankommen – oder eben auch, woran es noch fehlt.

Um das Ziel der Klimaneutralität bis 2035 zu erreichen, sind weitere Anstrengungen zur Umsetzung des Handlungsprogramms in allen Bereichen notwendig.

Dafür werden wir

- die Klimaagentur im Umweltamt als zuständige Einheit personell stärken, damit die Umsetzung aller Maßnahmen zwischen den Beteiligten effizient und zielgerichtet koordiniert werden kann.

- jedes Dezernat dazu verpflichten, für seinen Handlungsbereich eine Strategie zur Umsetzung von Maßnahmen vorzulegen.

- den Klimabeirat erhalten u**nd einen beratenden Platz für den Klimabeirat im Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Stadtgestaltung und Wohnen (AKUSW) vorsehen**.

- eine transparente und aktuelle Berichterstattung zum Fortschritt beim Klimaschutz inklusive einer jährlichen CO2-Bilanzierung einfordern und das Klimabarometer nutzen, um rechtzeitig da nachzuschärfen, wo es nötig ist.

- als Stadt Dortmund mit Unternehmen und Institutionen in Dortmund Klimavereinbarungen mit individuellen Maßnahmen und messbaren Zielen abschließen (“Klimapakt”) und ein Monitoring der Ergebnisse einrichten.

- zusätzlich zum Handlungsprogramm Klima-Luft weitere Maßnahmen beschließen und da nachschärfen, wo es für das Erreichen der Klimaneutralität

notwendig ist.

Für sozial-gerechten Klimaschutz

Es sind die Ärmsten, die in Dortmund am stärksten unter den Folgen einer eskalierenden Klimakrise leiden. Die Klimakrise ist ein Beschleuniger von Ungleichheit, dem stellen wir uns mit sozial gerechter Klimapolitik entgegen. Wir gestalten den Weg zur Klimaneutralität als Weg zu einer gerechteren Gesellschaft, indem wir besonders gefährdete und belastete Gruppen gezielt unterstützen und vor übermäßigen Belastungen schützen. Maßnahmen aus der Stadtentwicklung, die die Aufenthaltsqualität in der Stadt erhöhen, können in Hitze- oder Kälteperioden ebenfalls einen Beitrag zum sozialen Klimaschutz leisten.

Darüber hinaus werden wir

- alle Maßnahmen, die zu erhöhten Kosten für Bürger*innen führen können, bei Möglichkeit gestaffelt ausführen, sodass diejenigen einen höheren Beitrag leisten, die es sich leisten können.

- Strom aus städtischen Photovoltaikanlagen durch die DEW21 mit einem Sozialstromtarif zu günstigen Preisen den Dortmunder*innen anbieten.

- die städtischen Förderprogramme für klimaschutzrelevante Maßnahmen wie Solaranlagen auf Vereinsheimen, Begrünungen, Geothermie und Lastenräder weiterhin finanzieren.

- den geplanten Bürger*innenfonds, mit dem regenerative und nachhaltige Energie- und Klimaschutzmaßnahmen gefördert werden, effektiv und bürger*innennah ausgestalten.

- den Klimabeirat bei der Verwendung der Gelder des Bürger*innenfonds beteiligen.

- einkommensschwache Haushalte beim Tausch alter energieintensiver Geräte gegen neue energieeffiziente Geräte städtisch unterstützen.

- Wärmeinseln und kühle Orte schaffen, in denen Menschen kostenfreie Aufenthaltsräume finden, die sie während Hitze- und Kälteperioden aufsuchen können.

- mehr Trinkbrunnen in der Innenstadt, in den Stadtteilzentren und an belebten Orten schaffen.

Für die klimaneutrale Modernisierung

Zur Klimaneutralität gehört auch eine Versorgung mit klimaneutralen, erneuerbaren Energieformen. Um den erhöhten Bedarf an Energie abdecken zu können, muss die Energieeffizienz im Gebäudebestand weiter verbessert werden. Bei steigenden Preisen der fossilen Energieträger schont das in Zukunft den Geldbeutel von Bürger*innen, Unternehmen und der Stadt.

Dafür werden wir

- den städtischen Immobilienbestand energetisch sanieren und auf eine klimaneutrale Wärmeversorgung umstellen.
- die bestehende städtische Energieberatung der Klimaagentur ausbauen und dadurch über energetische Sanierungen informieren.
- bei der Energieberatung auch die Interessen der Mieter*innen berücksichtigen und eine Mieter*innen-Beratung zum Umgang mit energetischen Sanierungen durch ihre Vermieter*innen anbieten.
- in Kooperation mit der Handwerkskammer und der IHK Beratungen für Handwerksbetriebe anbieten, damit diese ihre Kund*innen direkt selbst über die Möglichkeiten der Sanierung und Förderung aufklären können.
- anregen, dass die Wohnungsbaugesellschaft DOGEWO21 sowie die Dortmunder Stadtentwicklungsgesellschaft DSG, die Wohnungsgenossenschaften und die privaten Wohnungsunternehmen zusammen mit der Klimaagentur und der Verbraucherzentrale Vor-Ort-Beratungen für die Mieter*innen zum Energie- und Stromsparen sowie effizienten Heizen und Lüften anbieten.
- Unternehmen mit einem eigenen Gebäudebestand mit Hilfe der Wirtschaftsförderung motivieren, in die Energieeffizienz ihrer Immobilien zu investieren.
- die energetische Quartierssanierung in den Blick nehmen, zum Beispiel durch Nahwärmenetze, Wärmepumpen und Photovoltaikanlagen.

Für nachhaltiges Bauen

Der Bausektor gehört zu den Wirtschaftszweigen mit dem höchsten Ressourcenverbrauch. Gleichzeitig wird in Dortmund weiterhin viel gebaut. Für uns bedeutet das, dass klimaneutrales und nachhaltiges Bauen gefordert und gefördert werden muss. Dazu wollen wir Anreize bieten für die Umsetzung von

nachhaltigen Bauprojekten in Dortmund und bei städtischen Projekten mit einem guten Beispiel vorangehen. Das soll unter Einbindung der hiesigen Bauwirtschaft geschehen. Zur Nachhaltigkeit gehören im Gebäudebereich die Reduktion klimaschädlicher Emissionen, Energieneutralität, Ressourceneffizienz, Kreislauffähigkeit, Barrierefreiheit und Schaffung von bezahlbarem Wohnraum. All das führt auch zu mehr Lebensqualität.

Wir werden

- eine städtische Beratung für nachhaltiges Bauen für Handwerksbetriebe, Baugewerbe und Bauherr*innen einrichten, bei der über Lebenszykluskosten, Ökobilanzierung, Wärmeversorgung, Kreislaufwirtschaft und weitere Themen informiert wird.

- die städtischen Möglichkeiten ausschöpfen, um den Holzbau und die Nutzung von lokalen Materialien wie Lehm zu stärken sowie städtische Pilotprojekte initiieren.

- die Nutzung wiederverwendbarer Baustoffe sowie Trennung und Recycling von Baustoffen in der Bauleitplanung und in städtebaulichen Verträgen festsetzen.

- kommunale Bauprojekte mit Vorbildcharakter bezüglich der Kreislaufwirtschaft öffentlichkeitswirksam vermarkten.

- das Bewertungssystem Nachhaltiges Bauen (BNB) des Bundes auch für städtische Vorhaben anwenden und damit der Vorbildrolle der Stadt gerecht werden.

- die Anwendung von Zertifizierungssystemen auch in der Privatwirtschaft durch eine städtische Beratung anregen oder durch Förderprogramme die Mehrkosten an Planungshonoraren auffangen.

- ein Abrissmoratorium (“Abrissstopp”) einbringen, um durch einen schonenden Umgang mit dem Bestand gebundene Emissionen (graue Energie) sowie das baukulturelle Erbe zu erhalten.

- die städtischen Möglichkeiten wie Bauleitpläne und städtebauliche Verträge nutzen, um Bestandserhalt, Energieneutralität, Barrierefreiheit, sozialen Wohnraum **und Schutz des Freiraums und der urbanen Biodiversität** festzulegen.

Für ein klimaresilentes Dortmund

Starkregen, überflutete Straßen, anhaltende Trockenheit und immer häufiger extrem hohe Temperaturen: Längst hat die Klimakrise Dortmund erreicht. Unsere Antworten darauf sind Entsiegelung, eine wassersensible Schwammstadt und mehr Begrünung. Dies schafft nicht nur Retentionsflächen, sondern ermöglicht auch einen besseren Umgang mit der Hitze und Feinstaub und leistet gleichzeitig einen Beitrag zur Biodiversität. Der “grüne Schatz” unserer Stadt muss daher unbedingt erhalten bleiben, denn er spielt eine entscheidende Rolle im kommunalen Klimaschutz und macht unsere Quartiere erst lebenswert.

Wir werden

- mehr Daten zur Hitze in der Stadt erheben, um auf Basis eines Wärmeindex zielgerichtete Maßnahmen zu ergreifen.
- verbleibende Frischluftschneisen erhalten und neue schaffen.
- die Oberflächen in der Stadt auf ihre Wärmewirkung prüfen.
- weitere Maßnahmen gegen Hitze in der Stadt ergreifen, wie die Errichtung von Brunnen, Wassersprenklern, Sonnensegeln, weiteren Trinkbrunnen und das Pflanzen von Bäumen.
- kleine vorhandene Grünflächen aufwerten, die mit Bäumen und Wildblumenwiesen einen Beitrag zur Schwammstadt, Biodiversität, Abkühlung und Naherholung leisten.
- an urbanen Plätzen Kletterpflanzen für Verschattung und Begrünung nutzen.
- das von uns angestoßene Roll-out zur nachhaltigen Entwicklung von Gewerbegebieten vorantreiben und Unternehmen bei der Gestaltung eines naturnahen Firmengeländes mit Bäumen, Pflanzen, Dach- und Fassadenbegrünung zur besseren Aufenthaltsqualität der Mitarbeitenden und geringeren Luftschadstoffen unterstützen.
- Hausbesitzer*innen über die Möglichkeiten und Vorteile von Dach- und Fassadenbegrünung informieren.
- verstärkte Begrünung von Dächern und Fassaden auch in Gewerbegebieten.
- mehr Kleinbiotope in der Stadt anlegen, auch in Gewerbegebieten.
- mehr Stadtbäume pflanzen.

- Bushaltestellen begrünen.
- Rasengleise statt Schotter auf den oberirdischen Abschnitten der Stadtbahn anlegen.
- die vorhandenen Regenrückhaltesysteme, Bäche und Kanalisationen auf neue Starkregenmengen prüfen und vorbereiten.
- auf die Bebauung in direkter Umgebung der Emscher und ihrer Zuflüsse verzichten.
- Entsiegelung von Parkplätzen durch Grünstreifen oder durchlässigen Bodenbelag.
- Entsiegelung durch Grünstreifen und Bäume bei der Neugestaltung von Straßen.
- Entsiegelung von Schulhöfen durch **Schulgärten und** Grünflächen für besseres Klima in der Pause und Spielmöglichkeiten auf der Wiese.
- Unternehmen beim Bau von Anlagen zur Rückhaltung bzw. Versickerung von Regenwasser unterstützen, zum Beispiel durch eine Entlastung bei der Abwassergebühr.
- Schwammstadtmaßnahmen in ganzheitlichen Quartierslösungen anstreben.

Für günstige und erneuerbare Energie

Wir erreichen unsere Klimaschutzziele nur, wenn wir unsere gesamte Energieversorgung auf erneuerbare Energien umstellen und die Energie effizienter und sparsamer verwenden. Die Energiewende ist nicht nur eine Strom-, sondern gleichzeitig auch eine Mobilitäts- und Wärmewende. Deshalb müssen die einzelnen Bereiche miteinander vernetzt und aufeinander abgestimmt werden. Gleichzeitig soll die Stromversorgung der Zukunft nicht mehr nur in der Hand einiger weniger Großunternehmen liegen. Die Bürger*innen- und Energiegenossenschaften werden zusammen mit dem kommunalen Energieversorger DEW21 die Energieerzeuger*innen der Zukunft und schaffen Wertschöpfung in der Stadt. Mit dem Umstieg auf erneuerbare Energien werden wir nach und nach auf solche Quellen bisheriger Energiegewinnung verzichten können, die dem Klima- und Artenschutz widersprechen.

Wir werden

- zusammen mit der Wirtschaftsförderung aktiv Unternehmen zur Errichtung von

Photovoltaikanlagen und bei der Beantragung von Fördermitteln unterstützen.

- auch eine Beratung für Unternehmen zur effizienten Nutzung von Wasserstofftechnologien anbieten.

- die für die Energiewende notwendigen Berufsausbildungen wie Solarteur*innen und Wärmetechniker*innen stärken, indem Angebote und Beratungen für Schulabgänger*innen und geflüchteten Menschen mit technischen Vorkenntnissen geschaffen werden.

- uns dafür einsetzen, dass die städtischen Gesellschaften DONETZ und DEW 21 Mieterstrommodelle durch eine möglichst niederschwellige Anmeldung, Beratung und Werbemaßnahmen unterstützen .

- die Einführung und Umsetzung von Mieterstrommodellen in Zusammenarbeit mit dem städtischen Wohnungsunternehmen DSG sowie der DOGEWO21 vorantreiben.

- die DEW21 verpflichten, für die Nutzung von Smart Metern zu werben, da durch den Strombezug mit dynamischen Preisen die Stromnetze entlastet und teure Strompreise zu Spitzenlastzeiten verringert werden, um die bundesweiten Ausbauziele einzuhalten.

- für eine gemeinwohlorientierte Energieversorgung die Kommunalisierung der DEW21 und insbesondere der Netze forcieren.

- die Einrichtung eines “Wärmeteams” in der Klimaagentur fordern, das sich gezielt und bereichsübergreifend um Beratung und Projektmanagement in Wärmeprojekten kümmert (Insellösungen, Bürgerenergiegenossenschaften, gewerbliche Abwärmenutzung usw.) und Projekte initiieren, bestehende Initiativen beraten, Wege der Finanzierung aufzeigen und Partnerschaften vermitteln soll.

Für den Ausbau erneuerbarer Energien

Für die Energiewende braucht es den Ausbau der erneuerbaren Energien, der auch aufgrund der grünen Regierungsbeteiligungen in Land und Bund in den letzten Jahren an Tempo zugenommen hat. Hier müssen wir die kommunalen Möglichkeiten ausnutzen, um zu beraten und zu fördern sowie die Rahmenbedingungen zu schaffen und so selbst mit gutem Beispiel vorangehen.

Dafür werden wir

- schnellstmöglich Photovoltaikanlagen auf allen geeigneten städtischen Dächern und Fassaden errichten, also auf Verwaltungsgebäuden, Schulen, Kitas, Sporthallen, Veranstaltungsorten oder Krankenhäusern.

- Parkplätze, die nicht anderweitig überbaut werden können, mit Solaranlagen und Begrünung überdachen, um die Flächen zur Energieerzeugung und für E-Ladesäulen zu nutzen und gleichzeitig eine Überdachung zu schaffen.

- Betreiber*innen von landwirtschaftlichen Flächen zur Nutzung von Agri-PV, also Photovoltaikanlagen über den Flächen, beraten und die Umsetzung fördern.

- Freiflächen-Solaranlagen auf Halden, Altlastenflächen, Konversions- oder Brachflächen sowie entlang von Infrastrukturachsen konzentrieren.

- Bürgerenergiegenossenschaften freie städtische Dachflächen zur Verfügung stellen, um in Kooperation mit der Stadt darauf Photovoltaikanlagen zu errichten.

- Bürger*innen über die Nutzungsmöglichkeiten von Balkonkraftwerken informieren.

- in einem Pilotprojekt ein energieautarkes Quartier umsetzen, das sich selbst zu 100 % mit erneuerbarer Energie versorgt, über ausgebaute Stromspeicher verfügt und sogar überschüssige Energie ins Netz einspeist.

- die möglichen Windenergie-Potenziale in Dortmund ausschöpfen, die sich aus den verbesserten Rahmenbedingungen der Landesregierung und aus dem Regionalplan ergeben.

- das Projekt eines Uni-eigenen Windrades der TU Dortmund unterstützen.

- Biomasseanlagen nutzen, um flexibel auf die fluktuierende Einspeisung aus Solar- und Windenergie reagieren zu können, wobei der Bioabfall verwertet wird, ohne dass der Zukauf von Biomasse aus der Massentierhaltung nötig ist.

- den Aufbau von Quartiersspeichern für die Energiesicherheit anstoßen.

Für klimaneutrale Wärme

Dortmund bietet aufgrund seiner hohen Siedlungs- und Industriedichte optimale Voraussetzungen für Fern- und Nahwärmenetze und eine diversifizierte

Wärmegewinnung aus Produktionsprozessen in der Industrie, Biomasse, Solarthermie, Abwasser, Tiefengeothermie und mehr.

Um den enormen Anteil der Wärmeversorgung am CO2-Ausstoß zu verringern, werden wir

- die Ergebnisse der kommunalen Wärmeplanung kritisch evaluieren, transparent darstellen, das Ergebnis zur konkreten Umsetzungsplanung bringen und Planungssicherheit für die Bürger*innen schaffen.
- die Kombination verschiedener Energieträger für die Wärmeversorgung vorantreiben.
- den Ausbau des Fernwärmenetzes durch die DEW21 weiterführen, dabei finanzielle Förderungen konsequent nutzen und die lokale Umsetzung seitens der Stadt bestmöglich unterstützen.
- Nah-und Fernwärmenetze energieeffizient betreiben, also mit möglichst geringer Vorlauftemperatur, sowie Wärmespeicher intergrieren, um Wärmelastspitzen abzufedern.
- die Erzeugung von Wärme durch Erdgas in den Blockheizkraftwerken für die Fernwärme beenden und dabei zukunftsweisende Technologien wie Großwärmepumpen oder Geothermie nutzen.
- für die Fernwärmeerzeugung eine Pilotanlage zur Nutzung der Wärme aus dem Wasser der Hafenbecken oder des Dortmund-Ems-Kanals errichten (Wasser-Wasser-Wärmepumpen).
- dabei faire Preise für die Kund*innen von Nah- und Fernwärme sicherstellen und dezentrale, fossilfreie Nahwärme-Lösungen schnellstmöglich in Quartieren überall dort umsetzen, wo keine Fernwärmenetze zu erwarten sind.
- die wachsende Menge an erzeugter Abwärme von Rechenzentren (z.B. der Dokom) für Nah- und Fernwärme nutzen.
- die Möglichkeiten zur Wärmerückgewinnung aus dem Abwasser umsetzen.
- die Abwärme aus Biomasseanlagen für Wärmenetze nutzen.
- eine Potenzialanalyse zur Nutzung von Tiefengeothermie als Ergänzung zu bestehenden, oberflächennahen Geothermie-Potenzialen durchführen.

- die Beratungsangebote für private Haushalte weiter ausbauen, indem die Klimaagentur personell gestärkt wird.

- Wärmenetze im Sommer als Kältenetze nutzen.